



Mail aus Maastricht

Mehr (direkte) Demokratie wagen!

Dem jetzigen Organisationsmodell der Europäischen Union wird oft ein Demokratiedefizit vorgeworfen. Das Parlament hat kein Recht, eigene Gesetzesvorhaben einzubringen, die Kommissare sind nicht vom Parlament gewählt. Einige dieser zumindest gefühlten Demokratiedefizite sind bereits durch Reformen angegangen worden. Im letzten Wahlkampf sahen wir zum Beispiel Spitzenkandidaten, die sich bei den Europäern um Mehrheiten bemühten. Zudem wurden einige Rechte des Parlaments gestärkt.

Relativ unbemerkt blieb allerdings, dass im April 2012 auf Grundlage des Vertrags von Lissabon ein Element der direkten Demokratie eingeführt wurde: die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Bisher konnten Bürger sich nur in NGOs organisieren, um spezielle Interessen zu vertreten. Gelingt es nun einer Bürgerinitiative, in 12 Monaten eine Million Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedstaaten auf Papier oder online zu sammeln, dann muss sich die Kommission innerhalb von 3 Monaten mit ihrem Anliegen auseinandersetzen.

Dabei muss die Initiative von einem Bürger ausgehen. NGOs können unterstützen – was transparent gemacht werden muss – aber ein Bürgerausschuss organisiert die EBI und leitet sie. Es geht hier von der Idee her also um ein Instrument direkt für den Bürger, nicht primär für die NGOs.

Alle 3 der bisher 13 eingereichten EBIs, die die notwendige Anzahl Unterstützer in Europa mobilisieren konnten, haben einen Gesundheitsbezug. Zum einen „Right2Water“, bei dem es inhaltlich um die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und den Erhalt der Trinkwassergüte ging, und zum anderen „Einer von uns“, bei dem ein generelles Verbot der Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen gefordert wurde. „Stop Vivisection“ versucht Tierversuche in der biomedizinischen und toxikologischen Forschung abzuschaffen.

„Right2Water“ war in dem Sinne erfolgreich, dass die Kommission entsprechende vorgedachte Gesetzesvorhaben auf Eis

legte und vorhandene Regelungen stärken wird. Bei „Einer von uns“ war das Ergebnis inhaltlich negativ, da die Kommission argumentierte, gerade eine entsprechende Regelung getroffen zu haben, und zur Zeit keine neuen Argumente vorliegen würden, die ein erneutes Aufrollen des Themas rechtfertigen würde. „Stop Vivisection“ liegt jetzt der Kommission zur Stellungnahme vor.

Zum Thema Freihandelsabkommen (TTIP), bei dem auch Gesundheitsfragen diskutiert werden, wurde eine EBI mit dem Titel „STOP TTIP“ initiiert. Die Registrierung wurde von der Kommission jedoch abgelehnt, da es sich bei TTIP aus ihrer Sicht um einen internen Vorbereitungsakt für den Europäischen Rat handele und zudem eine EBI nur versuchen kann, Rechtsakte zu erlassen, nicht aber zu verhindern. Die Organisatoren von „STOP TTIP“ klagen jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diese aus ihrer Sicht politisch motivierte Ablehnung.

Letztlich zeigen diese Beispiele aber, dass es mit der EBI jetzt eine weitere Möglichkeit gibt, um Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union zu beeinflussen. Primär an den einzelnen Bürger gerichtet ist es ein Instrument der direkten Demokratie, welches allerdings hohe Anforderungen an eine Organisationsfähigkeit des Bürgers stellt. Es wäre folglich nicht verwunderlich, wenn bei den meisten EBIs auch zivilgesellschaftliche Organisationen mit beteiligt sind.

Öffentliche Gesundheit scheint allerdings ein gutes Thema für erfolgreiche EBIs zu sein – deshalb ein Aufruf an Public Health speziell in Deutschland und Österreich: Wir sollten über den eigenen Tellerrand hinaus schauen und mehr (direkte) Demokratie in Europa wagen! Innerhalb der Schweiz gelingt dies schon seit Jahren.

Helmut Brand

*Jean Monnet Professor in European Public Health, Universität Maastricht
President European Health Forum Gastein (EHFG)*